

Budgetberatung.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 19. Dezember 1930.

Vizebgm. Hoss eröffnet die Sitzung um 17'15 Uhr.

Es wird die/Debatte über die vierte Verwaltungsgruppe fortgesetzt-
 St. R. Kunschak ^{Budget}-(E. L.) : Gestern ist in einer Rede die von einer rührenden Malvetät zeugt, die aber nicht unwidersprochen bleiben darf, über die Bundeswohnbauförderung und die Wohnbaupolitik im Deutschen Reich gesprochen worden. Dass solche Behauptungen über die deutsche Wohnbaupolitik möglich sind, ist mir erst klar geworden, als sich GR. Reismann zur Bekräftigung seiner Darlegungen auf eines der führenden kapitalistischen Blättern Deutschland berufen hat. Nur wer aus solchen Quellen schöpft, kann zu solchen Schlüssen kommen. Wahr ist vielmehr, dass die deutsche Wohnbaupolitik Grossartiges geleistet hat und dass von einem Krach der deutschen Wohnbaupolitik keine Rede sein kann. Es steht einem Wiener Gemeinderat sehr schlecht an- über eine so grossartige Wohnbaupolitik, ein solches Urteil abzugeben. Wenn die deutsche Reichsregierung jetzt für die Wohnbauförderung kleinere Beträge zur Verfügung gestellt hat, so nur deshalb weil das Deutsche Reich auf allen Gebieten zu sparen gezwungen ist. Dass es da und dort in Deutschland wegen zu hoher Zinse unanbringliche Wohnungen gibt, erklärt sich daraus, dass auch in Deutschland manche Bevölkerungsschichten zusammengebrochen sind, dasselbe Bild zeigt sich auch in Wien. So über die deutschen Verhältnisse zu sprechen, wie es GR. Reismann getan hat, ist nur möglich, weil ihm scheinbar entgangen ist, dass es die Differenzen, die es bei uns im Mietzins gibt, in Deutschland nicht gibt. ^{die Ueberschätzung der Mietzinse in Wien} Durch/ist auch erreicht worden, dass die Spannung zwischen gesetzlichem Mietzins und Bauindex im Gegensatz zu uns sich sehr verringert hat. Wir haben keinen Anlass, die deutsche Wohnbaupolitik zu verteidigen, wenn aber die Rede des GR Reismann in Deutschland bekannt wird, wird man draussen über diese Rede ein Urteil abgeben, in der die Verwunderung über eine so aufgestapelte Ignoranz keine untergeordnete Rolle spielen wird (Lebhafter Beifall bei der E. L.) Auch was GR. Reismann über die Bundeswohnbauförderung gesagt hat, entspricht nicht den Tatsachen. Vor allem hat niemand auf Grund des Gesetzes den Anspruch auf einen bestimmten Teil aus der Bundeswohnbauförderung. Wohl ist in das Gesetz die Bestimmung hineingenommen worden, dass zu den Anspruchsberechtigten auch die Gemeinden gehören, aber es wurde abgelehnt, wie es Dr. Danneberg gefordert hatte, den Anteil der Gemeinden zu bestimmen. Das Gesetz ist einvernehmlich zustande gekommen und die sozialdemokratische Partei hat daher kein Recht zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes in so politischer und tendenziöser Weise Stellung zu nehmen, wie es hier geschehen ist. (GR. Rausnitz: Es handelt sich nicht um die Bestimmungen des Gesetzes, sondern um die Handhabung!) Auch gegen die Handhabung ist nichts zu sagen, weil sie sich auf das Gesetz stützt. Wenn die Sozialdemokraten die Dinge immer so darstellen, als ob Wien in der Bundeswohnbauförderung benachteiligt wurde, so verwechseln sie da das Gemeindeinteresse mit dem Interesse der Bevölkerung. (GR. Schreifer: Mit dem der Villenbesitzer sicherlich nicht! - Zwischenrufe). In der letzten Sitzung des Kuratoriums wurde für Wien ein Betrag von über 118 Millionen genehmigt. (Hört! Hört! bei der E. L. - GR. Nachtnebel: Sie rufen Hört! Hört!, weil Ihnen das offenbar zu viel ist! - Lebhafter Widerspruch bei der E. L. → GR. Haider: Das hat doch niemand gesagt! GR. Gschladt: Das ist eine ganz demagogische Verdrehung.)

GR. Nachtnebel: Der Herr Gschladt reden noch von Demagogie!.-Lebhafte Zwischenrufe). Die Dinge in einer ganz rabulistischen und unwahren Weise dargestellt zu haben, bleibt das Verdienst des GR. Reismann. Es zeigt das, welcher Verdrehungs- und Verleumdungskünsten man ausserhalb dieses Saales ausgesetzt ist (Lebhafte Zwischenrufe. -GR. Schleifer: Aber recht hat er doch!.-GR. Huber: Gengan S' Schofa blasen!-Zwischenrufe). Auf reine Gemeindebauten entfällt von diesem Betrag von 118 Millionen der Betrag von 10'9 Millionen. Man könnte hier sagen, dass die Bedachtnahme auf die Gemeinde im Verhältnis auf die Privatbauten, zu deren auch die genossenschaftlichen gehören zu geringfügig sei. Ich tue das nicht, weil ich für den städtischen Wohnhausbau nicht so begeistert bin und viel mehr Begeisterung habe für die private Bautätigkeit, insbesondere wenn es sich um den genossenschaftlichen und Siedungsbau handelt. Wenn St. R. Weber behauptet, dass, falls die Wohnbauförderung den Wünschen des Gemeinderates in vollem Umfange entsprochen hätte, heuer statt 6000 mindestens 11.000 Wohnungen erbaut worden wären, so ist das eine kühne Konstruktion. Sie prunken immer damit, was Sie im Gemeinderat beschliessen. Das alles steht aber sehr im Widerspruch zu dem, was Sie praktisch machen und machen können. So haben Sie bis Juni dieses Jahres die Wohnbautätigkeit gedrosselt und erst dann mit einer erhöhten Bautätigkeit eingesetzt. Nach meinen Informationen deshalb, weil das Finanzreferat gebremst hat. Eine Reihe von Bauten, die schon im Jahre 1928 beschlossen worden waren, sind erst 1929 in Angriff genommen worden und ebenso wurde eine Reihe von Bauten die als Gemeindebauten in Aussicht genommen waren auf das Gebiet der staatlichen Wohnbauförderung abgeschoben. Auch unter den Bauten die von der Wohnbauförderung schon bewilligt worden sind, sind solche, die aus dem eigentlichen Wohnbauprogramm entnommen worden sind. Solange Sie sich solche Changements erlauben, wird Ihnen niemand den Umfang Ihrer Bautätigkeit glauben. Von dem Betrag von 118 Millionen Schilling, der um rund 30 Millionen Schilling über das Wohnbauprogramm der Gemeinde für 1930 hinausreicht (Hört! Hört! bei der E. L.) ist auf die Gemeinde Wien ein Betrag von 10'9 Millionen entfallen und die Gemeinde hat dabei aus ihren eigenen Mitteln nur einen Betrag von 1'9 Millionen zur Verfügung zu stellen, also nur ein Zehntel des Erfordernisses, während das übrige Erfordernis von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien bestritten wird. Ich habe seinerzeit erklärt, dass eine Wohnbauanleihe zu einem grossen Teil im Inland selbst getätigt werden könnte. An diesem Beispiel sieht man, wie leicht das möglich wäre. Von den Genossenschaften wird ein Bauprogramm von über 12 Millionen durchgeführt, aus Eigenkapital bringen die Genossenschaften ungefähr 1'5 Millionen Schilling auf. Die restliche Finanzierung erfolgt durch Sparkassen, Hypotheken- und Bankenkredit. Die Bauwerber, die Ein- und Zweifamilienhäuser bauen, scheinen mit einem bewilligten Erfordernis von 13'3 Millionen auf. Davon haben sie ein Eigenkapital von 4'5 Millionen aufgebracht, den Rest haben sie von österreichischen Kreditinstituten zur Verfügung gestellt erhalten. Die Miethäuser wurden mit einem Betrag von 81'7 Millionen bedacht und zwar haben die Bauherren ein Eigenkapital von 14'2 Millionen aufgebracht, während 67 Millionen im Wege von Kreditoperationen beigestellt werden. Von den 118 Millionen sind also 97 Millionen im Wege von Kreditoperationen aufgebracht worden, 21'1 Millionen als Eigenkapital, wovon 20 Millionen wirklich reines Privatkapital darstellen. An diesen Ziffern erkennt man den grossen Wert der Bundeswohnbauförderung. Sie mobilisiert das Privatkapital in grossem Umfange. Diese Riesenwohnbautätigkeit ist nur mit einem Betrage von 1'3 Millionen zu Rechnung öffentlicher Gelder, hier der Gemeinde Wien gegangen. Wenn man das Wiener Beispiel, auf die Bundeswohnbauförderung

durch die Bundeswohnbauförderung überträgt, erkennt man erst, welche gewaltige Summen Privatkapital/mobilisiert worden sind um die Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Im Zusammenhange mit der Bundeswohnbauförderung wurde auch vom Wohnungsschacher gesprochen. Ich bin gegen den Wohnungsschacher in jeder Form immer aufgetreten und habe im Nationalrat sehr dafür gekämpft, dass der Vermietungszwang eingeführt wird, habe mich aber nicht durchzusetzen vermocht. Das Wohnungsamt selbst liefert den Gegnern jedweden Vermittlungszwanges ausreichendes Material. Ich will nur zwei Fälle anführen. In der Beckmannstrasse in einem Privathaus hatte ein Mieter eine Zimmer- und Küchenwohnung inne. Die Wohnung wurde von 8 Personen bewohnt, Wegen dieses grossen Ueberbelages wurde der Mieter dieser Wohnung vom Wohnungsamt in Evidenz geführt und ihm eine grössere Wohnung in einem städtischen Neubau versprochen. Er erhielt tatsächlich eine solche im städtischen Neubau in der Goldschlagstrasse. Für die in dem Privathaus freigewordene Wohnung hat sich ein Mieter beworben, der sich schon vor 5 Jahren um eine Gemeindeförderung angemeldet hat. Der Hausbesitzer hat die freigewordene Wohnung dem Wohnungsamt zur Verfügung gestellt und als Mieter den Mann vorgeschlagen, der, wie schon erwähnt, sich schon vor 5 Jahren beim Wohnungsamt angemeldet hat, weil er nur eine Wohnküche zur Verfügung hat. Das Wohnungsamt hat den Vorschlag des Hausbesitzers glatt abgelehnt und so sitzen die 8 Personen noch immer in der Zimmer- und Küchenwohnung und die andere Partei in der Wohnküche. In einem zweiten Fall wurde einer Partei wegen Ueberbelag der Zimmer- und Küchenwohnung die die Partei bewohnt, ein Siedlungshaus auf dem Flötzersteig zugesagt, wenn der Hausherr die Wohnung dem Wohnungsamt zur Verfügung stellt. Der Hausherr hat nun als Mieter für die Wohnung einen Aftermieter vorgeschlagen, der Frau und ein Kind hat und einen getrennten Haushalt infolge seiner Wohnverhältnisse führen muss. Den Vorschlag des Hausherrn hat das Wohnungsamt ebenfalls abgelehnt und so erhielt die eine Partei nicht das ihr zugesagte Siedlungshaus und der Aftermieter muss seine drückenden Wohnungsverhältnisse weiter ertragen. So haben wir jetzt einen Zustand, der einfach unbeschreiblich ist. Es stehen Wohnungen leer, weil das Wohnungsamt mit Umgehung des Gesetzes ein Einweisungsrecht sich erpressen will. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn die Gegner der Zwangsvermietung dem Wohnungsamt kein solches Recht in die Hand geben wollen. Auf den Vorwurf, dass heute die Hausbesitzer ihre Wohnungen nur verschachern, muss festgestellt werden, dass nach einem Berichte des St. R. Weber im Senat Wiener Hausbesitzer dem Wohnungsamt in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November d. J. 4.161 Wohnungen zur Verfügung gestellt haben und diese Wohnungen nunmehr von dem Wohnungsamt mit insgesamt 13.106 Personen besetzt wurden. Diese Personen sind durchwegs besser untergebracht als in städtischen Neubauten, da die Wohnungsdichte in ihren nunmehrigen Wohnungen 3'5 beträgt, während sie in den städtischen Neubauten 3'6 beträgt. Es wäre höchste Zeit, dass sich das Wohnungsamt einer etwas weniger bolschewisierenden Praxis bedienen würde, um endlich die Stimmung unter der Hausbesitzerschaft zu entgiften. Es ist richtig, dass Wohnungen verkauft werden, aber nicht alle Hausbesitzer tun dies aus Profitgier, sondern es gibt auch solche, die in drückendster Not sind, weshalb sie Wohnungen verkaufen. Der Hausbesitzer aber vermietet heute die Wohnung überhaupt nicht mehr, sondern gibt sie an ein Wohnungsvermittlungsbüro weiter, die mit Hilfe des Magistrats in der letzten Zeit gerade aus dem Boden herausgeschossen sind. Das ist ein Zustand, der befürchten lässt, dass das Wohnungsvermietungswesen unter Mitwirkung des Magistrats und des Wohnungsamtes in einem Sumpf unter-

St. R. Weber schildert sodann, wie sehr in allen Staaten während des Krieges der Wohnungsbau vernachlässigt wurde, er schildert die trostlosen Wohnungsverhältnisse, die in allen Staaten nach dem Kriege bestanden, und die Bestrebungen, der Wohnungsnot abzuhelpen. In gar keinem Lande war es dem Privatkapital, selbst mit Hilfe der öffentlichen Mittel möglich, Wohnungen so auszeichnend zu bauen, dass es den öffentlichen Gewalten erspart geblieben wäre, selbst den Wohnhausbau, wenigstens teilweise in die Hand zu nehmen. In England, dem klassischen Land des Einfamilienhauses, wo es geradezu ein Postulat ist, dass jeder Arbeiter sein eigenes Haus hat, hat es nach dem Kriege, obwohl die Regierung eingegriffen hat, fast keine private Bautätigkeit gegeben. Die Stadt Birmingham, die nur 1 Million Einwohner zählt, und die eine ganz ähnliche Wohnungspolitik betreibt wie Wien hat ein Wohnbauprogramm aufgestellt, wonach 120.000 Wohnungen in 20 Jahren erbaut werden sollen. Die Gemeinde ist dort der Bauherr. Es werden dort die Siedlungshäuser nicht nur von der Gemeinde gebaut, sondern auch von ihr verwaltet, ja die ganzen Reparaturen werden von der Gemeinde durchgeführt. Dasselbe ist in der Schweiz, in Deutschland, in den nordischen Staaten der Fall. Überall sind die öffentlichen Körperschaften, vor allem die Gemeinden, Träger des Volkswohnbaues und um den handelt es sich. Unrichtig ist es, was G. R. Kunschak behauptete, dass in Deutschland nur grosse Wohnungen leer stehen. Es stehen dort auch kleine Wohnungen leer, weil die Mieten obgleich aus der Steuer Zuschüsse gegeben werden, ungeheuer hoch sind. In der jüngsten Zeit hat die Reichsregierung einen 100 Millionen Markkredit zur Verfügung gestellt, mit dem billige Wohnungen erbaut werden sollen, und zwar müssen die Wohnungen, was für uns eine besondere Genugtuung ist, so erstellt werden, wie wir Wiener sie schon seit Anfang nach Grösse und Ausstattung erstellt haben (Hört! Hört bei der Mehrheit) und es ist ausdrücklich zur Bedingung gestellt, dass nur diejenigen Gemeinden, die diese Bedingung erfüllen, aus dem Kredit Zuwendungen erhalten. Aus alledem ersieht man, dass die öffentliche Hand unbedingt eingreifen muss, wenn die Wohnungsnot auch nur einigermaßen gemildert werden soll. Dr. Wagner hat behauptet, dass sich die Wiener einen Überkonsum von Wohnungen leisten (G. R. Dr. Wagner: Ich habe gesagt, in Wien gibt es einen Überkonsum, nicht die Wiener haben ihn! Das ist nicht dasselbe!) Wenn man das Rezept des G. R. Dr. Wagner befolgen wollte, so hiesse dies, den Preis für die Wohnungen so hoch hinaufzusetzen, dass der Überkonsum eingeschränkt wird, ähnlich wie er etwa bei den Kleidern und Nahrungsmitteln eingeschränkt ist. Diese Methode lehnen wir absolut ab. (Lobhafter Beifall bei der Mehrheit). Wir sind der Meinung, dass die Gesamtheit der Bevölkerung die Verpflichtung hat, die Mittel aufzubringen, um das Wohnbedürfnis zu befriedigen. Die Bundeswohnbauförderung gibt aus Steuermitteln Zuschüsse. Auch wir geben einen Zuschuss. Nur ist der Zuschuss dort klein, bei uns beträgt er 100 Prozent. Mögen Sie auch behaupten, dass unsere Wohnungsreform überspitzt sei, mögen Sie auch von Sozialisierung des Wohnungswesens sprechen, wir bleiben auf unserem Standpunkt, dass die Spekulation ausgeschaltet werden muss, und dass die öffentliche Gewalt verpflichtet ist, solange den Wohnhausbau zu betreiben, bis der Wohnungsmarkt gesättigt ist und wir sprechen es mit Stolz aus, das ist unser Ziel (Lobhafter Beifall bei der Mehrheit). Dass der alte Sozialpolitiker Kunschak, der doch das Programm Luegers und Vogelsangs zu seinem eigenen Programm gemacht hat, eine solche Rede wie die heutige hält, die ein Hoch- und Lobgesang für den privaten Hausbau war, hätte ich nicht erwartet. Es wandeln sich die Zeiten und auch die Auffassungen (Lobhafter Beifall bei der Mehrheit). Es ist gar nicht notwendig, die Bundeswohnbauförderung gegen uns

zu verteidigen. Wir waren nicht nur nie dagegen, wir waren es ja, die sie gefordert haben. Aber die Bundeswohnbauförderung wurde nicht geschaffen, um die private Bautätigkeit zu fördern, sondern um der Wohnungsnot beizukommen und damit hat man auch den Zinsgroschen begründet (Beifall bei der Mehrheit). Im Bundeswohnbauprogramm war der Bau von 30.000 Wohnungen vorgesehen, jetzt nach einem Jahre hört man nur von 18.000 Wohnungen. Man hätte sparsamer vorgehen und vor allem Volkswohnungen bauen müssen. Man bedenke doch nur, welche Unterschiede im Preis für die von der öffentlichen Gewalt und für die von Privaten gebauten Wohnhäuser bestehen. Die Gemeinderäte Kunschak und Wagner haben nachzuweisen versucht, dass Wien bei der Bundeswohnbauförderung sehr gut weggekommen sei. Für die Leistung ist vor allem die Bevölkerungszahl entscheidend. Aus einer Aufstellung die vom Kammerrat Gerhold publiziert wurde, geht hervor, dass bei der Bundeswohnbauförderung in Wien 50 ein Viertel Schilling auf den Kopf entfallen, in Oberösterreich 65'64 und in Steiermark 51.72, in Kärnten 57'95, in Salzburg 57'2 und in Tirol gar 105'95 Schilling (Hört! Hört bei der Mehrheit). Wir gönnen den anderen, dass sie mehr bekommen, aber man müsste doch bedenken, dass zwei Drittel der Zinsgroschensteuer, aus der die Bundeswohnbauförderung bestritten wird, in Wien eingehoben werden. Von den tausenden Projekten, die wir vorgelegt haben, sind nur 572 bewilligt worden. Das ist knapp so viel an Wohnungen, als wir infolge Demolierungen zur Unterbringung der Parteien brauchen. Wie man die Gemeinde Wien dabei behandelt, das ist wirklich eine Niederträchtigkeit (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit). St. R. Weber nimmt sodann gegen die Behauptung des GR. Kunschak Stellung, dass die Gemeinde ihr Wohnbauprogramm nicht einhalte und stellt demgegenüber fest, dass die Gemeinde mit ihrem Bauprogramm durchaus nicht im Verzug sei. Wir werden in 5 Jahren unser Bauprogramm durchgeführt haben. Natürlich können wir die Einteilung nicht so treffen, dass wir genau am 1. Jänner jedes Jahres mit den Bauten beginnen und genau am 31. Dezember mit der vorgesehenen Zahl fertig sind. Was nun den Wohnungsschwacher betrifft, so hat GR. Kunschak Ursache und Wirkung verwechselt. Wenn man zur Zeit eines so fürchterlichen Wohnungsmangels einen freien Wohnungsmarkt schafft und der wilden Nachfrage ein ganz kleines Angebot gegenüberstellt, so sind alle Voraussetzungen für einen solchen Wohnungswucher gegeben. Aus diesem Grunde haben wir uns ja gegen die vorzeitige Aufhebung des Anforderungsgesetzes gewährt und die Schaffung eines entsprechenden Wohnungsnachweises gefordert. Es ist auch ganz klar, dass wir nicht jeden Tausch bewilligen können, da hier verschiedene Missbräuche vorkommen. Würden wir die Leute aus engen Wohnungen ohne Tausch in unseren Gemeindehäusern unterbringen, dann würden die freiwerdenden Wohnungen einfach verschachert werden. Es ist ja ein öffentliches Geheimnis, dass sogar die Tauschbewilligungen dem Hausherrn bezahlt werden müssen. Wenn Gemeinderat Kunschak das nicht will, möge er als ein Mächtiger in seiner Partei dahin wirken, dass der Wohnungsnachweis so verbessert wird, dass ein Schwacher mit Wohnungen unmöglich ist. St. R. Weber äussert sich sodann zu den Beschwerden über die Wohnungsvergabe. Solange der freie Wohnungsmarkt besteht, kann die Gemeinde nichts anders tun als nur solche Vermerkungen entgegenzunehmen, als sie mit ihren Bauten befriedigen kann. Das Punktsystem besteht nach wie vor. Jeder Fall wird streng geprüft und von einem Oberbeamten überprüft. Es würden alle Klagen auf diesem Gebiete verstummen, wenn die Bundeswohnbauförderung die Projekte der Gemeinde bewilligte (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit). Uns wäre es natürlich viel lieber, wenn wir den Leuten Wohnungen geben könnten als dass wir ununterbrochen Nein sagen müssen. Uns ist es selbst sehr unangenehm, dass wir im Wohnungsamt eine Aufsicht brauchen, aber wir müssen

die Beamten vor Exzessen und tätlichen Angriffen, wie sie vorgekommen sind, schützen. Dem Verlangen nach Einrichtung einer Wohnungskommission hält St. R. Weber die Erfahrungen gegenüber, die man mit der früher bestehenden Wohnungskommission gemacht hat. Bekanntlich war diese Kommission den heftigsten Anfeindungen ausgesetzt. Zur Kritik des GR. Ullreich an der Kleingartenförderung stellt St. R. Weber fest, dass die Gemeinde aus ihrem Grundbesitz den Kleingärtnern 3,800.000 m² zur Verfügung gestellt hat. Wohl würden Gründe, die nie als Kleingartengründe gedacht waren, gekündigt, man war aber immer bemüht, Ersatz zu schaffen. Es wurden Dachergärten errichtet und zinsenlose Kredite in ansehnlicher Höhe gewährt. Auch der Pachtzins ist ausserordentlich niedrig. Schliesslich stellte St. R. Weber gegenüber dem GR. Wagner fest, dass in den Neubauten der Gemeinde nicht 17, sondern bloss 4 Prozent Geschäftslokale sich befinden. Er ersucht den Voranschlag anzunehmen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Die Abstimmung über die Verwaltungsgruppe IV wird in der morgigen Sitzung vorgenommen werden.

Jugend in Not.

Eine überparteiliche Aktion für die arbeitslose Jugend.

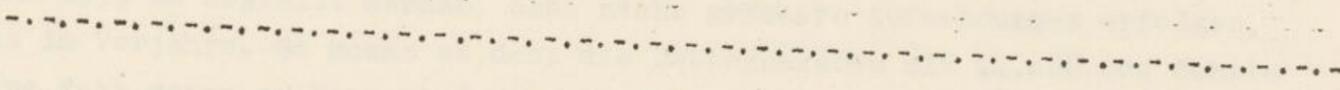
Im Rathaus fand heute unter dem Vorsitz des städtischen Wohlfahrtsreferenten, Stadtrates Professor Dr. Tandler, eine Konferenz statt, die sich sehr eingehend mit der Organisierung einer Aktion für die arbeitslose Jugend beschäftigte. Erschienen waren Vertreter des Bundesministeriums für soziale Verwaltung, der Krankenkassen, der Gemeinde Wien, des Fortbildungsschulrates, der Kammer für Arbeiter und Angestellte, der Handelskammer, des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft, der Freien und der Christlichen Gewerkschaften, des Vereines genossenschaftlicher Gehilfenvertreter, des Gewerbe-genossenschaftsverbandes, des Verbandes für freiwillige Jugendfürsorge, des Caritasverbandes, des Vereines "Jugendheim", der Lehrlingsfürsorgeaktion und der Jugendorganisationen der verschiedenen Richtungen.

Stadtrat Professor Tandler beantragte die Errichtung von Tagesheimstätten für berufslose manuelle jugendliche Arbeiter, sowie erwerbslose jugendliche Angestellte, Lehrlinge und Lehrlingmädchen und für die studierende Jugend, soweit auch diese von der Erwerbslosigkeit betroffen ist. Diese Tagesheimstätten sollen an allen Wochentagen von 2 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends geöffnet sein. Die jugendlichen Arbeitslosen werden während dieser Zeit durch Vorträge, Bastelkurse, berufskundliche Veranstaltungen und so weiter, bei entsprechender Beaufsichtigung beschäftigt werden. Den Jugendlichen wird auch eine warme Jause verabreicht werden. Die Aktion soll noch im Dezember beginnen und Ende März 1931 beendet werden.

Die Vorschläge wurden einstimmig genehmigt. Aus einem Kuratorium, dem alle in Betracht kommenden Körperschaften angehören, wurde ein geschäftsführender Ausschuss gewählt. Als Vorsitzende dieses Kuratoriums wurden Stadtrat Professor Dr. Tandler, Gemeinderat Weigl, die Nationalräte Schorsch und Spalowsky gewählt. Ausserdem werden noch die Organisationen der Arbeitgeber einen Vorsitzenden namhaft machen. Zum Geschäftsführer wurde Sekretär Kimml bestellt. Das Kuratorium hat seinen Sitz in der Kammer für Arbeiter und Angestellte, I., Ebendorferstrasse 7.

Die Vertreter der Gemeinde, der Arbeiterkammer und der Freien Gewerkschaften erklärten ihre Bereitwilligkeit, sich an dieser Aktion durch grössere Goldleistungen zu beteiligen. Es wird erwartet, dass auch die Regierung und neben den in Betracht kommenden Organisationen die Industrie, des Handels und der Banken grössere Mittel zur Verfügung stellen werden.

Das Kuratorium wird auch einen Aufruf an die Öffentlichkeit richten, worin um Spenden für den Betrieb der Tagesheime, sowie für die Bestellung der Jause für die arbeitslose Jugend, ersucht wird.



Nurmehr gelangt die Verwaltungsgruppe V zur Verhandlung.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Richter führt aus:

Mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse musste das Budget der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten für das Jahr 1931 so erstellt werden, dass nicht grössere Aufwendungen erfolgen, als im Vorjahre. So kommt es, dass die Nettoausgaben mit 44,088.000 Schilling fast genau so hoch sind, wie im Jahre 1930, wo eine Nettoausgabe von 44,007.000 Schilling vorgesehen war. Die Gesamtausgaben sind mit rund 86 Millionen um 2 Millionen Schilling höher, als im Jahre 1930, doch stehen dieser erhöhten Ausgabe auch erhöhte Einnahmen gegenüber. Schon aus dieser Tatsache geht hervor, dass keine besonderen Aufwendungen für Neuanlagen gemacht werden können und dass das hauptsächlichste Bestreben darauf gerichtet wurde, das Bestehende zu erhalten und zweckmässig auszubauen und Begonnenes fortzuführen. Zu den einzelnen Posten des Voranschlages wäre zu bemerken: Für Gebäudeerhaltung, soweit sie die Patronatskirchen betrifft, sind 51.000 Schilling vorgesehen, für Denkmäler und Denkmalbrunnen wurden 81.000 Schilling präliminiert. Es gelangen für diesen Betrag plastische Kunstwerke zur Aufstellung, so im Herderpark eine Brunnengruppe, in dem Park auf dem Gelände des ehemaligen Steinlagerplatzes am Donaukanal eine Figurengruppe "Ruf der Jugend", im Hartäckerpark eine Gruppe "Reh und Mädchen" und schliesslich in dem Park vor der Wohnhausanlage in Jedlesee die Figur eines Jünglings.

Im Strassenpflegebetrieb ist ein neuer Kehrzug und eine Kehrichtsammelmaschine neben 2 kleineren Typen von Kehrmaschinen vorgesehen. Im Kolonisationsbetriebe werden 4 neue Sammelzüge und 6.000 Gefässe eingestellt. Die neuen Koloniazugwagen sind mit Vorderradantrieb ausgestattet, eine Neuerung, die es ermöglicht, die Züge viel kürzer zu machen, so dass der Sammeldienst in den engen Strassen der inneren Stadt erleichtert wird. In kürzester Zeit werden Versuche mit der Kehrichtverbrennung unternommen, um über die Verbrennbarkeit des Wiener Kehricht Aufschlüsse zu bekommen, die bei der eventuell aufzunehmenden Verbrennung des gesamten Kehrichtes der Stadt zur Anwendung gelangen sollen. Die Abfallsammelkörbe, deren es jetzt 7.245 gibt, werden um 250 vermehrt.

Mit Ausnahme der Ausgestaltung einiger Plätze werden neue Gartenanlagen im Jahre 1931 nicht errichtet, doch wird die Ausgestaltung von Sitzplätzen in den kleinen Anlagen fortgesetzt, ebenso die Beschaffung von Bänken. Zu den 12.500 kommen 400 dazu, zusammen also 12.900 gegen 5.770 im Jahre 1930. Auf der Ringstrasse werden die Betoneinfassungen der Alleeebäume fortgesetzt werden. Ebenso werden die Versuche fortgesetzt werden, öffentliche Gärten privaten Unternehmern zur Pflege zu überlassen.

Der Bäderbetrieb weist steigende Besuchsziffern auf, Es waren in den geschlossenen Bädern ohne den obligatorischen Schwimmunterricht und ohne die Vereine bis Ende Oktober 1930 - 6.405.895 gegen 6.000.777, also um mehr als 400.000 Badebesucher mehr zu verzeichnen, mit dem obligatorischen Schwimmunterricht und den Vereinen 6.636.073 Besucher. In den Sommerbädern hatten wir 1.768.941, in den Kinderfreibädern 1.301.604. Insgesamt also in 10 Monaten 9.706.618 Besucher. Das Bad an der Aspernbrücke ist noch offen und wird betrieben, solange es der Eisgang gestattet. Als Folge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, der grossen Arbeitslosigkeit und ihrer Begleiterscheinungen ist bei den Bädern eine Verminderung der Besucher der Dampf- und Wannenbäder und eine starke Steigerung der Brausebäder zu ver-

zeichnen. Im Volksbad Simmering wurden Mittwoch 31 neuerrichtete Brausebadekabinen I. Klasse der Benützung übergeben. Aus Budgetmitteln werden im Jahre 1931 zwei neue Kinderfreibäder errichtet, deren Gesamtzahl dann 24 betragen wird.

Der städtischen Dampfwäscherei wurden in den letzten Tagen die Aufträge der Fondsspitäler des Bundes entzogen und der Betrieb war gezwungen eine grössere Anzahl von Arbeitern zu kündigen. Es soll hier festgestellt werden, dass die Kündigung des Vertrages durch das Bundesministerium ohne jeden Anlass und ganz entgegen den ständigen Versicherungen erfolgte, dass sich aus dieser Kündigung auch kein Gewinn für die Spitalsverwaltungen ergeben wird, sondern eine Mehrbelastung, da die Vergebung der Arbeiten an zwei Grosswäschereien zu weit höheren Preisen erfolgte, als bei der städtischen Wäscherei bezahlt wurden. Die Förderung der Privatwirtschaft, als welche die Entziehung der Wäsche der städtischen Wäscherei ausgegeben wurde, besteht also darin, dass 2 Grosswäschereien auf Kosten der Steuerzahler ein Geschäft machen und einige Dutzend Arbeiterinnen brotlos werden. Der Entfall an Einnahmen der Wäscherei konnte im Budget nicht berücksichtigt werden, da noch nicht bekannt ist, wie sich der Ausfall an Arbeit auswirken wird. Für Strassenerhaltung und Strassenbau sind 17¼ Millionen Schilling präliminiert. Es ist die Neu- und Wiederherstellung von rund 500.000 m² vorgesehen, von welchen wieder, wie in den Vorjahren, ein grosser Teil auf Neuberstellungen aus Anlass von Neubauten aufgewendet werden muss. Die Strassenwalzung erfordert einen Betrag von 471.000 Schilling. Ein Verzeichnis der Strassen, die neu- oder wiederhergestellt werden, finden Sie in den Ausweisen 6 und 7. Die Ausbesserungen und kleineren Umpflasterungen sind darin nicht enthalten, da sie nur nach Bedarf erfolgen. Die Strassenölung ist unter dem Titel Strassenpflege enthalten. Es werden rund zweieinhalb Millionen m² geölt. Das ist ungefähr das Ausmass der alten Strassen, die noch durch neue ersetzt werden sollen, dabei sind aber auch viele Feldwege, die die Bezeichnung als Strassen kaum verdienen, inbegriffen. Die Ölung hat sich nicht nur vom Standpunkte der Erhaltung der Strassen, sondern auch vom Standpunkte der Staubbekämpfung als sehr vorteilhaft erwiesen.

Der Aufwand für Brücken und Wasserbauten ist im rund eine Million geringer, als im Jahre 1930, da die Augartenbrücke im Frühjahr 1931 fertig wird. Der Ersatz der öffentlichen Gasbeleuchtung durch elektrische Beleuchtung wird fortgesetzt. Zwei Bezirke sind mit Ende 1930 vollständig elektrifiziert; es sind das der VII. und VIII. Bezirk, einige andere Bezirke werden im Jahre 1931 fertig. Mit Rücksicht auf die Vollendung des Baues des Stadions werden im Jahre 1931 auch einige Strassen im Prater elektrisch beleuchtet werden. Insgesamt sind bisher 700 Kilometer Strassen mit 4.500 Lampen elektrisch beleuchtet, rund 500 Kilometer sind noch ausständig, doch sind darunter auch sehr verkehrsarme Gebiete. 6 öffentliche Uhren werden im Jahre 1931 aufgestellt.

Bei den städtischen Wasserwerken sind im Voranschlage für das Jahr 1931 ausser den Arbeiten für die normale Erhaltung und Ausgestaltung der Wasserleitungsanlagen noch folgende grössere Arbeiten in Aussicht genommen: Rohrlegungen zur Aufschliessung neuen Baugeländes und Ausbau der Versorgungsgebiete der Behälter Schmelz und Galitzinstrasse, Hungerberg und Laaerberg. Vergrösserung des Fassungsraumes der Wiener Wasserbehälter um rund 40.000 Kubikmeter. Errichtung von 3 Drucksteigerungswerken für die Hochbehälter Steinhof, Hackenberg und Krapfenwald. Ausbau der Nutzwasserversorgung im Anschluss an die Wientalwasserleitung. Legung eines Fernkabels an der I. Hochquellenleitung. Fortsetzung und Vollendung des

Ausbaues des Pottschacher Schöpfwerkes und Einleitung von neuen Quellen an der I. Hochquellenleitung. Im Gebiete der II. Hochquellenleitung ist die Einleitung der Seisensteinquelle seit einigen Tagen betriebsbereit, so dass im Bedarfsfalle 10.000 Kubikmeter täglich gewonnen werden. Die Umleitung der oberen Quellen im Höllental ist bereits durchgeführt, wodurch die Kaiserbrunnerquelle leistungsfähiger wird. Weitere Arbeiten sind für die nächsten Jahre vorgesehen.

Der Ersatz der alten Ziegelkanäle durch Betonkanäle wird fortgesetzt; es sind ohne die Fertigstellung begonnener Arbeiten 63 Umbauten vorgesehen. Neue Kanalbauten sind 87 vorgesehen, darunter allerdings auch einige Fertigstellungen aus dem Jahre 1930. Vor einigen Wochen hat die Gemeinde Wien neuerlich ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, zu den Kosten der Liesingkanalisation beizutragen; hoffentlich gelingt es, auch dieses begonnene Werk endlich zu Ende zu führen. Ein Verzeichnis der Kanäle ist im Ausweis gegeben.

Ich habe mich darauf beschränkt, hier nur jene Dinge ausführlicher zu besprechen, die im Budget der Gruppe V ihre Bedeckung finden. Daneben laufen in dieser Verwaltungsgruppe alle jene Arbeiten der anderen Gruppen, welche technische Vorarbeiten und Durchführung erfordern und in welchen die Verwaltungsgruppe V nur als Beauftragte in Erscheinung tritt. Für diese Arbeiten ist ein Kostenerfordernis von rund 9 Millionen Schilling vorgesehen.

Rechnet man diesen Betrag zum Budget, so weit es die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen umfasst, so ergibt sich ein gewaltiger Betrag, der der notleidenden Wirtschaft zugeführt und belebend wirken wird. Die Verwaltungsgruppe V wird sich bemühen, alle ^{Bestellungen} so rasch als möglich sofort nach der Genehmigung des Budgets durch den Gemeinderat hinauszugeben, in einigen Fällen sind die Ausschreibungen bereits erfolgt, um in der schwersten Zeit des Winters dazu beizutragen, die Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu lindern.

Ich bitte daher um Genehmigung der Ansätze der Verwaltungsgruppe V.

GR. Erban. (E.L.) erklärt, dass die Kündigung der Aufträge durch das Ministerium in bezug auf die Reinigung der Wäsche der Fondsspitäler durch die städtische Dampfwäscherei das einzig wirtschaftliche Richtige sei. Unerhört ist, dass viele Gemeindebetriebe, wie zum Beispiel die technischen Werkstätten, den Kleingewerbetreibenden die Arbeiten wegnehmen. In den technischen Werkstätten werden Tischler- und Schlosserarbeiten gemacht, alles Arbeiten, durch die das Gewerbe zu Schaden kommt. Die Gemeinde muss den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen; dazu gehört auch der Abbau der Bäderpreise. Die Preise in den städtischen Bädern sind viel zu hoch und weite Schichten der Bevölkerung können sich heute nicht mehr weder ein Wannbad, noch ein Brausebad vergönnen. Die Schwimmhallen in städtischen Bädern werden nach rein parteipolitischen Gesichtspunkten vergeben, ein Zustand, der nicht scharf genug kritisiert werden kann. Der Platz, auf dem das neue Bad bei der Augartenbrücke gebaut werden soll, ist ein ganz verfehlter. In der Nähe des neuen Bades befinden sich 3 Privatbäder. Die Gemeinde wird vom neuen Bad keine Einnahmen erzielen und die drei Privatbäder werden zugrunde gerichtet werden. Die Wiener Gartenanlagen befinden sich in einem sehr devastierten Zustand, da im Gartenbetrieb viel zu wenig Personal beschäftigt wird. Mängel sind auch im Strassenpflanzbetrieb festzustellen und die Strassenbauwirtschaft der Gemeinde ist eine vollständig unrationelle. Für die Erhaltung der Denkmäler geschieht sehr wenig, ebenso für die Erhaltung der Patronatskirchen. Im bezug auf die Wasserversorgung erklärt der Redner,

dass die Errichtung einer eigenen Nutzwasserleitung schon dringend notwendig geworden ist. (Beifall).

GR. Hörmayer (E.L.) beantragt zunächst, die Post für die Erhaltung der Kirchen, Kapellen und Pfarrhöfe im Betrage von 50.000 Schilling auf 80.000 Schilling zu erhöhen. Es wäre höchste Zeit, endlich einmal die Reichsbrückenfrage einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Es sind schon grössere Fragen bereinigt worden und es muss daher auch diese Frage baldigst gelöst werden. Im Herzen der Stadt, und zwar bei der Aspernbrücke, befindet sich ein ausgedehntes Rattenest. Das ist eine Schande für Wien, der skandalöse Zustand muss sofort aus der Welt geschafft werden. Schliesslich verlangt der Redner, dass der Aufbau der elektrischen Strassenbeleuchtung rascher durchgeführt werde und die Gemeinde auch die Hausnummertafeln an den städtischen Wohnhäusern elektrisch beleuchten möge. (Beifall.)

GR. Dirisamer (E.L.) erwidert auf die Aeusserung des St.R. Breitner, der Krieg und seine Folgen seien an der traurigen Wirtschaftslage schuld, dass die Sozialdemokraten an der Zerreissung des Staates ein gerütteltes Mass von Schuld haben. Die Sozialdemokraten sind daher auch an den heutigen Verhältnissen mitschuldig. Der Redner kritisiert sodann, dass die für Strassenneuerstellungen ausgeworfenen Summen angesichts der ausserordentlichen Arbeitslosigkeit viel zu gering sind. Insbesondere ist für den III. Bezirk an Strassenneuerstellungen sehr wenig vorgesehen. Bei den Strassenherstellungen wird auch nicht immer mit der nötigen Sorgfalt und Voraussicht vorgegangen. Man sollte auch endlich bei uns darangehen, die Kanal- und Wasserleitungsrohre beim Umbau von Strassen unter das Trottoir zu verlegen. Auch für die Beleuchtung sind viel zu geringe Summen eingestellt, obwohl in einer grossen Zahl von Strassen das Gaslicht durch das elektrische Licht ersetzt werden müsse. Ferner stellt der Redner aus, dass die Zahl der Wassersprengautos eingeschränkt werden ist. Der Betrieb der Dampfwäscherei in der Schwenggasse ist mustergültig, doch ist es nicht angängig, dass mit dieser Wäscherei der Privatwirtschaft Konkurrenz gemacht wird, ja dass sogar die Privatunternehmer unterboten werden. In dieser Wäscherei sind nur marxistische Arbeiter eingestellt. (Lebhafte Zwischenrufe bei der Mehrheit. — GR. Thaller: Er ist lieber dafür, dass die Leute arbeitslos werden, als dass sie die Gemeinde beschäftigt.) Zum Schlusse bittet der Redner den amtsführenden Stadtrat, sich gegenüber dem Finanzreferenten um die Bereitstellung grösserer Mittel für sein Ressort zu bemühen.

GR. Nowak (soz.) gibt zu, dass in den äusseren Bezirken manche Strassen gewisser Instandsetzung bedürfen. Das ist bei dem gewaltigen Umfang des Wiener Strassennetzes nicht verwunderlich. Im letzten Jahrzehnt hat die Gemeinde gewaltige Summen zur Verbesserung der Strassen aufgewendet. Auch die Mehrheit hätte da Wünsche, wir wissen aber, dass man sich da bei der Beschränktheit der finanziellen Mittel einschränken muss. Nun hat man in den letzten Tagen erfahren, dass die Bundesregierung der Gemeinde auch noch Geld wegnehmen will, in dem die Autosteuer inkameriert werden soll. Für den städtischen Fuhrwerksbetrieb würde sich die Benzinststeuer katastrophal auswirken und dieser Betrieb mit rund 390.000 Schilling belasten. Mit dieser Summe könnte nahezu dreimal so viel Strassen mit Holzstöckeln versehen werden, als im Jahre 1931 präliminiert sind. Schon angesichts der grossen Zahl von Arbeitslosen sollte sich die Minderheit an die Seite der Mehrheit in der Abwehr dieser empfindlichen finanziellen Schädigung stellen.

Der Redner bespricht sodann die Kehrrichtfrage und weist darauf hin, dass die Kehrrichtablagerung in Favoriten und hauptsächlich die Fliegenplage zu zahlreichen Beschwerden geführt hat. Es ist zu begrüßen, dass es mit dem Aufwand bedeutender Mittel gelungen ist, die Fliegenplage zu beseitigen. GR. Nowak schliesst seine Ausführungen mit der Feststellung, dass die Gemeinde Wien auf ^{bestmögliche Weise} ~~Leiste~~, was überhaupt denkbar ist. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Panosch (E. L.) beklagt sich über den schlechten Zustand mancher Strassen im Zentrum der Stadt. Sowohl am Graben wie in der Universitätsstrasse kann man bei Regenwetter meterbreite Pfützen sehen. Im Zentrum der Stadt müssten solche Zustände nicht herrschen. GR. Panosch beschäftigt sich sodann mit der Kehrrichtverwaltung. Hier müsste endlich ein Schritt vorwärts gemacht werden. Schon im Frieden waren Projekte einer Verbrennungsanlage fertig. In den 10 Jahren hätten da die Sozialdemokraten schon etwas tun können. Die maschinelle Strassenreinigung ist an sich nicht schlecht, sie müsste aber voll durchgeführt und auch der von den Kehrzügen an den Strassenrand geworfene Mist rasch weggebracht werden. Auch der Kehrrichtbeseitigung wird zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Durch die Einführung des Kübel systems ist die Staubplage keineswegs beseitigt worden. In den Vormittagsstunden, zur Zeit des grössten Verkehrs sind die Gehsteige mit den Kübeln verstellt, die Kübel sind nicht verschlossen und beim Ableeren der Kübel in die Waagen wird Staub entwickelt. Man müsste sich endlich zur Einführung des Wechselkastensystems entschliessen. Schliesslich stellt der Redner aus, dass beim Betrieb der Präsidialwagen zu wenig gespart wird. (Beifall bei der E. L.)

Die nächste Sitzung finden Montag nachmittag anschliessend an die um 4 Uhr nachmittags beginnende Landtagssitzung statt.

Schluss der Sitzung 21'50 Uhr.

loc2 Bogendruckfertigung 22'15 Uhr.